

CARMEN THIELE

Regeln und Verfahren der Entscheidungsfindung innerhalb von Staaten und Staatenverbindungen

Staats- und kommunalrechtliche
sowie europa- und völkerrechtliche Untersuchungen

 Springer

CARMEN THIELE

Regeln und Verfahren der Entscheidungsfindung innerhalb von Staaten und Staatenverbindungen

Staats- und kommunalrechtliche
sowie europa- und völkerrechtliche Untersuchungen

 Springer

Regeln und Verfahren der Entscheidungsfindung innerhalb von Staaten und Staatenverbindungen

Carmen Thiele

Regeln und Verfahren der Entscheidungsfindung innerhalb von Staaten und Staatenverbindungen

Staats- und kommunalrechtliche
sowie europa- und völkerrechtliche
Untersuchungen

PD Dr. Carmen Thiele
Juristische Fakultät
Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)
Große Scharrnstraße 59
15230 Frankfurt (Oder)
thiele@euv-frankfurt-o.de

Gedruckt mit Unterstützung des Förderungs- und Beihilfefonds Wissenschaft
der VG WORT

ISBN 978-3-540-78994-9

e-ISBN 978-3-540-78995-6

DOI 10.1007/978-3-540-78995-6

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2008 Springer-Verlag Berlin Heidelberg

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funk- sendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung dieses Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 9. September 1965 in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungs- pflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechtsgesetzes.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Herstellung: le-tex publishing services oHG, Leipzig
Einbandgestaltung: WMXDesign GmbH, Heidelberg

Gedruckt auf säurefreiem Papier

9 8 7 6 5 4 3 2 1

springer.de

*„Procedural details are seldom dramatic and sometimes dull,
yet no lawyer ignores their importance.”*

Phillip C. Jessup (Judge, International Court of Justice, 1961-70),
Silence gives Consent, in: GJICL, 3 (1973) 1, S. 46.

Vorwort

Entscheidungen von Kollegialorganen bedürfen verbindlicher Regeln und Verfahren im Prozess der politischen Entscheidungsfindung innerhalb von Staaten und Staatenverbindungen, die die Bedingungen für das rechtlich formale Zustandekommen gültiger Beschlüsse bestimmen. Da die Auswahl der Regeln und Verfahren die Entscheidung als Ergebnis nicht selten beeinflusst, bedarf es einer methodischen und prinzipienbezogenen Analyse sowie theoretischen Systematisierung zweckgerichteter Kombinationen von Regeln und Verfahren für ihre Anwendung in der Praxis.

Das Ziel der Untersuchung besteht in der Erarbeitung einer auf empirischen Befund basierenden prinzipiellen Typisierung und Systematik von Organisationsrechtsnormen in Form von Regeln und Verfahren unter Anwendung einer einheitlichen Terminologie sowie funktioneller Kombinationen von Regeln und Verfahren zur Optimierung des Entscheidungsprozesses von Kollegialorganen unter Beachtung fundamentaler Organisations- und Rechtsprinzipien sowie relevanter politik- und wirtschaftswissenschaftlicher Prinzipien und Theorien.

Die Arbeit wurde im Sommersemester 2007 von der Juristischen Fakultät der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) als Habilitationsschrift angenommen. Spätere Rechtsentwicklungen wie der EU-Reformvertrag von Lissabon konnten noch punktuell eingearbeitet werden.

Mein besonderer Dank gebührt Herrn Prof. Gerard C. Rowe für die Idee zu dieser Arbeit, die konstruktiven Diskussionen, die großzügig gewährten zeitlichen Freiräume sowie die Erstellung des Erstgutachtens. Herrn Prof. Dr. Wolff Heintschel von Heinegg bin ich für die vielfältigen Anregungen, die besondere Unterstützung sowie die Erstattung des Zweitgutachtens herzlich verbunden.

Mein Dank gilt weiterhin allen denjenigen, die mich in dieser Zeit tatkräftig unterstützt haben, insbesondere Frau Malina Gizdow sowie Frau Antje Schnelle und Frau Martina Seidlitz für die redaktionelle Bearbeitung.

Die Veröffentlichung durch den Springer-Verlag wurde ermöglicht durch die finanzielle Unterstützung des Förderungs- und Beihilfefonds Wissenschaft der VG Wort, für die ich mich hiermit ausdrücklich bedanken möchte.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
A. Gegenstand der Untersuchung.....	2
B. Ziel der Untersuchung.....	4
C. Methodische Ansätze.....	5
D. Politik- und wirtschaftswissenschaftliche Ansätze.....	6
E. Begriffsklärung.....	11
I. Staatenverbindung.....	12
II. Entscheidung.....	14
F. Gang der Untersuchung.....	17
Kapitel I Historischer Überblick über die Entwicklung von Entscheidungsregeln und -verfahren	21
A. Historische Entwicklung von Entscheidungsregeln.....	21
I. Entscheidungsregeln in der Antike.....	21
1. Entscheidungsregeln in der athenischen Demokratie.....	24
a) Regeln für Personalentscheidungen.....	25
b) Regeln für Sachentscheidungen.....	27
2. Entscheidungsregeln in der römischen Republik.....	30
a) Entscheidungsregeln für den Senat.....	30
b) Entscheidungsregeln für die Comitien.....	31
II. Entscheidungsregeln im Mittelalter.....	33
1. Regeln für Personalentscheidungen.....	33
a) Kanonisches Recht und Einstimmigkeitsregel.....	33
b) Durchsetzung der Mehrheitsregel.....	35
2. Regeln für Sachentscheidungen.....	37
III. Entscheidungsregeln in der Neuzeit.....	39
1. Rückkehr zur Einstimmigkeit – das liberum veto in Polen.....	39
2. Naturrecht und Mehrheitsregel.....	40
3. Entscheidungsregeln in Staatenverbindungen.....	43
a) Einstimmigkeitsregel.....	43
b) Mehrheitsregel.....	46
B. Historische Entwicklung von Entscheidungsverfahren.....	48
I. Die Entscheidungsverfahren in der Antike.....	48
II. Die Entwicklung der Entscheidungsverfahren im Mittelalter und in der Neuzeit.....	49
1. Die Eventualabstimmung im anglo-amerikanischen Recht.....	49

2. Die Reihenfolgeabstimmung im kontinentaleuropäischen Recht	50
3. Das Wahlverfahren und die prinzipielle Abstimmung im schweizerischen Recht.....	52
C. Zusammenfassung	53

Kapitel II Organisations- und Rechtsprinzipien für

Kollegialentscheidungen	57
A. Das Kollegialprinzip.....	58
I. Begriff und historischer Exkurs	58
II. Das Kollegialprinzip als Organisationsprinzip	59
III. Implikationen des Kollegialprinzips für Kollegialentscheidungen	63
B. Das Demokratieprinzip	65
I. Begriff und historischer Exkurs	65
II. Demokratie als Rechtsprinzip	68
1. Normativer Gehalt	68
2. Volksvertretung und Wahlen	79
3. Mehrheitsentscheidung versus Minderheitenschutz.....	82
III. Implikationen des Demokratieprinzips für Kollegialentscheidungen	84
C. Das Rechtsstaatsprinzip	85
I. Begriffsentstehung und Normsetzung.....	85
II. Rechtsstaatsprinzip und demokratischer Entscheidungsprozess	89
III. Implikationen des Rechtsstaatsprinzips für Kollegialentscheidungen	91
D. Der Schutz der Menschenwürde.....	93
I. Der Schutz der Menschenwürde durch Achtung der Grund- und Menschenrechte	93
II. Politische Mitwirkungsrechte	96
III. Implikationen der Achtung der Grund- und Menschenrechte für Kollegialentscheidungen	99
E. Das Souveränitätsprinzip	101
I. Begriff und historischer Exkurs	101
II. Das Prinzip der Volkssouveränität.....	103
III. Das Prinzip der Staatssouveränität.....	106
1. Innere Souveränität	107
2. Äußere Souveränität.....	107
IV. Implikationen des Souveränitätsprinzips für Kollegialentscheidungen ..	108
F. Das Gleichheitsprinzip	109
I. Begriff und historischer Exkurs	109
II. Rechtsgleichheit als Prinzip.....	110
III. Demokratische Gleichheit als Rechtsprinzip	113
IV. Implikationen des Gleichheitsprinzips für Kollegialentscheidungen.....	114
G. Das Bundesstaatsprinzip.....	116
I. Bundesstaat oder Föderalismus.....	116
II. Bundesstaat als Rechtsprinzip.....	118
III. Bundesstaatsprinzip und Subsidiaritätsprinzip.....	123
IV. Implikationen des Bundesstaatsprinzips für Kollegialentscheidungen ...	126
H. Zusammenfassung der Geltung von Organisations- und Rechtsprinzipien	127

Kapitel III Kollegiale Entscheidungsorgane	131
A. Begriff des Organs.....	131
B. Entscheidungsorgane in Abhängigkeit von der Anzahl der Mitglieder	132
I. Individuale Entscheidungsorgane	132
II. Kollegiale Entscheidungsorgane.....	135
C. Wesensmerkmale von Kollegialorganen	137
I. Plurale Mitgliedschaft	137
II. Gleichstellung der Mitglieder	139
III. Organisation der Mitglieder zu einer rechtlichen Einheit	140
IV. Beschlussfassungskompetenz	141
V. Beratung und Abstimmung	141
D. Klassifizierung von Kollegialorganen	142
I. Organstellung.....	143
II. Kompetenz	144
III. Funktion	145
IV. Befugnisse der Mitglieder.....	148
V. Weisungsfreiheit oder Weisungsgebundenheit der Mitglieder	148
1. Weisungsfreiheit der Mitglieder.....	149
2. Weisungsgebundenheit der Mitglieder.....	150
VI. Anzahl der Mitglieder	152
E. Besetzungsmechanismen kollegialer Entscheidungsorgane.....	153
I. Wahl.....	153
II. Ernennung.....	154
F. Zusammenfassung.....	155
Kapitel IV Sitzverteilungsregeln	157
A. Die Sitzverteilung in Abhängigkeit von der Mitgliederzahl	158
I. Die Sitzverteilung auf der Grundlage der unbegrenzten Mitgliederzahl	158
1. Die Regel der gleichen Anzahl von Sitzen.....	158
2. Die Regel der unterschiedlichen Anzahl von Sitzen	162
a) Plurale Mitgliedschaft	162
b) Multiple Anzahl von Sitzen pro Mitglied: Die Regel der Sitzverteilung nach demografischen Kriterien.....	164
aa) Sitzverteilung in ausgewählten Kollegialorganen	164
bb) Sitzverteilung im Europäischen Parlament	168
II. Die Sitzverteilung auf der Grundlage der begrenzten Mitgliederzahl.....	173
1. Die Sitzverteilung nach Kriterien.....	173
a) Die Regel der Sitzverteilung nach geografischen Kriterien	173
aa) Sitzverteilung im UN-Sicherheitsrat	174
bb) Sitzverteilung im Wirtschafts- und Sozialrat der UNO	181
b) Die Regel der Sitzverteilung nach politischen Kriterien	183
aa) Sitzverteilung in Verfassungsausschüssen	183
bb) Sitzverteilung im UN-Sicherheitsrat.....	189
c) Die Regel der Sitzverteilung nach wirtschaftlichen/finanziellen Kriterien.....	191

aa) Sitzverteilung in Kollegialorganen internationaler Finanzorganisationen	192
bb) Sitzverteilung in anderen ausgewählten Kollegialorganen	197
d) Zusammenfassung.....	199
2. Die Sitzverteilung nach der Rotation	200
B. Die Sitzverteilung nach dem Losverfahren.....	203
I. Anwendungsfälle des Losverfahrens	203
II. Formen des Losverfahrens.....	204
III. Legitimation des Losverfahrens.....	205
C. Der Ausschluss von der Sitzverteilung durch Sperrklauseln	208
I. Zweck von Sperrklauseln und ihre Anwendung	208
II. Vereinbarkeit von Sperrklauseln mit dem Gleichheitsprinzip	213
D. Klassifizierung der Sitzverteilungsregeln.....	217
Kapitel V Stimmenverteilungsregeln.....	221
A. Die Stimmenverteilung nach der Regel der gleichen Anzahl von Stimmen...	221
B. Die Stimmenverteilung nach der Regel der unterschiedlichen Anzahl von Stimmen: die Stimmengewichtung	224
I. Die Stimmengewichtung nach Ein-Kriterium-Regeln	226
1. Die Stimmengewichtung nach demografischen Kriterien.....	226
a) Stimmengewichtung im Bundesrat.....	226
aa) Stimmenverteilung	226
bb) Stimmabgabe	235
b) Stimmengewichtung im Rat der Europäischen Gemeinschaften bzw. Europäischen Union	239
c) Modell der Stimmengewichtung für die UN-Generalversammlung	243
2. Die Stimmengewichtung nach finanziellen Kriterien	246
a) Stimmengewichtung in Kollegialorganen internationaler Finanzorganisationen	248
b) Stimmengewichtung in anderen ausgewählten Kollegialorganen von Staatenverbindungen	250
3. Die Stimmengewichtung nach wirtschaftlichen Kriterien	251
II. Die Stimmengewichtung nach Mehr-Kriterien-Regeln	254
III. Zusammenfassung	256
C. Die Stimmenverteilung nach der Rotation.....	259
D. Kombination von Sitz- und Stimmenverteilungsregeln.....	262
E. Formelles versus materielles Gleichheitsprinzip	264
Kapitel VI Abstimmungsregeln.....	269
A. Einstimmigkeitsregel.....	269
I. Einstimmigkeit als Begriff.....	269
II. Einstimmige Beschlussfassung bei Anwendung der Mehrheitsregel.....	270
III. Einstimmigkeit als Abstimmungsregel	272
1. Einstimmigkeitsregel im Rat der Europäischen Gemeinschaften bzw. Europäischen Union.....	274

2. Einstimmigkeitsregel in Kollegialorganen anderer Staatenverbindungen	276
IV. Lockerungen der Einstimmigkeitsregel	277
1. Lockerung durch Stimmenthaltung, Nichtteilnahme an Abstimmungen oder Abwesenheit.....	278
2. Lockerung durch Verminderung des Quorums	280
3. Lockerung durch Abstimmung per Mehrheitsregel	281
B. Konsensregel.....	283
I. Konsens als Begriff.....	283
II. Konsens als Entscheidungsregel	285
1. Informelle Anwendung der Konsensregel.....	286
2. Formelle Anwendung der Konsensregel	290
a) Konsensregel in Kollegialorganen von Staatenverbindungen	290
b) Konsensregel auf internationalen Konferenzen.....	293
III. Lockerungen der Konsensregel.....	296
IV. Vergleich der Konsensregel mit Abstimmungsregeln.....	298
C. Mehrheitsregeln	301
I. Mehrheit als Begriff.....	301
II. Quantitative Abstufungen der Mehrheitsregel	304
1. Relative Mehrheit.....	304
2. Einfache Mehrheit.....	305
a) Begriff der einfachen Mehrheit	305
b) Einfache Mehrheitsregel in deutschen und ausländischen Verfassungsorganen.....	306
c) Einfache Mehrheitsregel im Europäischen Parlament.....	309
d) Einfache Mehrheitsregel in ausgewählten Kollegialorganen von Staatenverbindungen.....	311
3. Absolute Mehrheit.....	314
a) Begriff der absoluten Mehrheit.....	314
b) Absolute Mehrheitsregel in deutschen und ausländischen Verfassungsorganen.....	315
c) Absolute Mehrheitsregel in Kollegialorganen der Europäischen Gemeinschaften bzw. Europäischen Union	318
4. Qualifizierte Mehrheit.....	321
a) Begriff der qualifizierten Mehrheit.....	322
b) Arten der qualifizierten Mehrheit.....	323
c) Einfache qualifizierte Mehrheitsregel.....	324
aa) Einfache qualifizierte Mehrheitsregel in deutschen und ausländischen Verfassungsorganen.....	324
bb) Einfache qualifizierte Mehrheitsregel in ausgewählten Kollegialorganen von Staatenverbindungen.....	324
d) Absolute qualifizierte Mehrheitsregel.....	327
aa) Absolute qualifizierte Mehrheitsregel in deutschen und ausländischen Verfassungsorganen	327
bb) Absolute qualifizierte Mehrheitsregel im Rat der Europäischen Gemeinschaften bzw. Europäischen Union	328

cc) Absolute qualifizierte Mehrheitsregel in ausgewählten Kollegialorganen anderer Staatenverbindungen.....	332
III. Bezugsgrößen zur Berechnung von Mehrheiten	334
1. Abstimmungsmehrheit.....	334
2. Anwesenheitsmehrheit.....	335
3. Mitgliederzahl.....	336
4. Vergleich der Bezugsgrößen.....	337
IV. Stimmengleichheit als Ergebnis der Anwendung einer Mehrheitsregel	339
1. Stimmengleichheit als Ablehnung des Antrages.....	340
2. Entscheidungsfindung trotz Stimmengleichheit.....	341
a) Stichentscheid.....	342
aa) Stichentscheid bei Stimmabgabe durch den Vorsitzenden.....	342
bb) Stichentscheid bei Nichtabgabe der Stimme durch den Vorsitzenden.....	343
b) Losentscheid.....	344
c) Wiederholung der Abstimmung	345
V. Voraussetzungen der Mehrheitsregel.....	345
VI. Rechtfertigung der Mehrheitsregel	347
VII. Grenzen der Mehrheitsregel.....	350
D. Veto als Verhinderung der Beschlussfassung.....	352
I. Begriff des Vetos und historischer Exkurs.....	352
II. Arten von Veto.....	353
1. Echtes Veto.....	354
a) Verhinderung von Beschlüssen anderer Kollegialorgane.....	354
b) Verhinderung von Beschlüssen innerhalb eines Kollegialorgans	356
2. Unechtes Veto.....	358
3. Doppel-Veto.....	359
4. Verstecktes Veto.....	360
5. Inoffizielles Veto	360
6. Proxy-Veto.....	361
E. Allgemeine Grundsätze bei der Auswahl der Abstimmungsregel	362
Kapitel VII Kollektive Entscheidungsregeln	367
A. Arrows Unmöglichkeitstheorem.....	368
B. Regeln des paarweisen Vergleiches.....	370
I. Regel der Mehrheit der Paarvergleiche.....	370
II. Copeland-Regel	371
III. Die Condorcet-Alternative.....	371
C. Präferenzordnungsregeln	372
I. Borda-Regel.....	372
II. Nanson-Regel.....	373
III. Hare-Regel.....	374
D. Mehrstimmigkeitsregeln.....	375
I. Zustimmungsregel (Approval-Voting).....	375
II. Double Vote-Regel.....	375

E. Zusammenfassung.....	376
F. Vergleich der Abstimmungsregeln.....	377
Kapitel VIII Beschlussfähigkeitsregelungen	383
A. Begriff der Beschlussfähigkeit	384
B. Beschlussfähigkeit und Beschlussfassung	386
C. Entwicklung von Beschlussfähigkeitsregelungen.....	387
D. Bestimmung der Höhe der Beschlussfähigkeitsziffer	390
I. Festlegung von Beschlussfähigkeitsziffern	392
1. Anwesenheit der Mehrheit der Mitglieder	392
a) Regelung in deutschen und ausländischen Verfassungsorganen	392
b) Regelung in Kollegialorganen ausgewählter Staatenverbindungen	396
2. Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder	397
3. Qualifizierte Mehrheit der Mitglieder	398
4. Geringe Beschlussfähigkeitsziffern	399
5. Zusammenfassung.....	400
II. Verzicht auf Beschlussfähigkeitsziffern.....	401
E. Bezugsgröße der Beschlussfähigkeit.....	403
F. Beschlussfähigkeit durch Vermutung.....	404
G. Feststellung der Beschlussfähigkeit von Amts wegen.....	406
H. Hilfsbeschlussfähigkeit.....	408
I. Beschlussfähigkeit bei schriftlichen Abstimmungen	410
I. Beschlussfähigkeit bei Umlaufverfahren der Bundesregierung	410
II. Beschlussfähigkeit bei Zurücknahme von bereits abgegebenen Stimmen in Kollegialorganen von Weltbank und IMF	413
J. Rechtsfolgen bei Beschlussunfähigkeit.....	414
K. Kombination von Beschlussfähigkeitsregelungen mit Abstimmungsregeln ..	415
Kapitel IX Abstimmungsverhalten	417
A. Stimmrecht oder Stimmpflicht	417
I. Stimmrecht gewählter Volksvertreter	417
1. Freiheit des repräsentativen Mandats.....	418
2. Repräsentations- und Gewissensregel	420
3. Abstimmungsfreiheit versus Fraktionszwang	422
4. Schutz des Stimmrechts der Volksvertreter	424
II. Stimmpflicht ernannter Staatenvertreter	425
III. Entzug des Stimmrechts als Sanktionsmaßnahme	426
1. Entzug des Stimmrechts von Volksvertretern	427
2. Entzug des Stimmrechts von Staaten	431
a) Entzug des Stimmrechts wegen schwerwiegender Verletzung von Vertragsgrundsätzen.....	431
b) Entzug des Stimmrechts wegen Verletzung finanzieller Verpflichtungen	433

B. Stimmenthaltung.....	436
I. Begriffsbestimmung.....	436
II. Verbot der Stimmenthaltung.....	439
III. Regelungen über die Stimmenthaltung.....	443
IV. Vermeidung einer Stimmenthaltung im Bundesrat.....	445
1. Mainzer Bundesratsklausel.....	445
2. Einführung eines Stimmenthaltungsverbots.....	447
3. Änderung der Abstimmungsregel.....	447
V. Auswirkungen der Stimmenthaltung auf die Beschlussfähigkeit und die Abstimmungsregeln.....	448
VI. Folgen der Stimmenthaltung für die Verbindlichkeit der Beschlüsse in Abhängigkeit von der Abstimmungsregel.....	450
C. Nichtteilnahme an der Abstimmung.....	450
I. Nichtteilnahme an der Abstimmung wegen Befangenheit.....	451
1. Freiwillige Nichtteilnahme an der Abstimmung wegen Befangenheit.....	451
2. Verbot der Teilnahme an der Abstimmung wegen Befangenheit von Gemeinderatsmitgliedern.....	454
II. Abgrenzung der Nichtteilnahme an der Abstimmung von der Stimmenthaltung.....	459
D. Abwesenheit.....	461
I. Regelungen über die Abwesenheit.....	463
1. Forderung einer Anwesenheitspflicht.....	463
2. Verzicht einer Anwesenheitspflicht.....	465
II. Auswirkungen der Abwesenheit auf die Beschlussfähigkeit und die Abstimmungsregeln.....	466
III. Abstimmen durch Proxy.....	468
IV. Pairing.....	470
V. Die Problematik der Abwesenheit bei schriftlicher Abstimmung.....	473
VI. Abgrenzung der Abwesenheit von der Nichtteilnahme an der Abstimmung.....	475
E. Abgabe einer ungültigen Stimme.....	475
F. Bloc voting.....	476
G. Vergleich der Abstimmungsverhalten.....	478
Kapitel X Abstimmungsarten.....	481
A. Offene versus geheime Abstimmung.....	482
I. Offene Abstimmung.....	483
II. Geheime Abstimmung.....	489
B. Allgemeine Abstimmungsarten.....	492
I. Einfache Abstimmung.....	492
1. Handzeichen.....	493
2. Aufstehen oder Sitzenbleiben.....	494
II. Namentliche Abstimmung.....	495
1. Namensaufruf.....	497
2. Stimmkarten.....	498